

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6483.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Baustellen-Anzeigen die halbpalmen Kolonial-Belle 50. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Grevy. Druck von G. H. S. Meißner & Co., beide in Hannover. Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr. Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 8002.

Die Gewerkschaften vor, während und nach dem Kriege.

Von Adolf Braun, Nürnberg.

II.

Die Gewerkschaften während des Krieges.

In der Zeit der Mobilisierung.

Ganz plötzlich, trotz aller früheren Kriegserörterungen überraschend brach der Weltkrieg aus. Er schuf eine durchaus neue Lage: die Mobilisierung nahm alle Kräfte, alle Verkehrsmittel in Anspruch. Post und Telegraph arbeiteten für das zivile Publikum nur mit überaus starken Verzögerungen. Für die Zufuhr von Kohlen, Rohstoffen und Halbfabrikaten für die Industrie fehlte es an Lokomotiven und Eisenbahnwagen. Die Lieferung fertiger Waren war eine Unmöglichkeit; der gute Wille, die Waren abzunehmen, außerordentlich gering. Das Geld verlor sich, die Banken waren in der Kreditgewährung überaus vorsichtig, alle Voraussetzungen des wirtschaftlichen Lebens schienen in Frage gestellt. Die Unternehmungslust der Fabrikanten und der Händler war auf den Nullpunkt zurückgegangen. Hunderttausende Arbeiter und Arbeiterinnen wurden plötzlich entlassen.

An die Gewerkschaften wurden ganz ungeheure Anforderungen gestellt. Niemand konnte beurteilen, wie lange dieser Zustand dauern könnte. Man brachte alle Streiks und Lohnbewegungen zum Abschluß, man erwog alle Möglichkeiten, die der Kriegszustand für die Gewerkschaften zur Folge haben könnte. Selbst die reichsten Gewerkschaften rechneten mit unveränderter Fortdauer der Unterstützungszüge mit einem völligen Versiegen ihrer in jahrelanger vorzüglicher Finanzwirtschaft aufgesammelten Mittel. Die meisten Organisationen entschieden sich, ihre Unterstützungsregulativen zu ändern, das Hauptgewicht auf die Arbeitslosenunterstützung zu legen, oft alle andern Unterstützungen einzustellen oder doch einzuzugeln.

Aber es zeigte sich auch das Streben, in mancher Richtung mehr zu leisten als im Frieden, Karenzzeiten, Zeitbegrenzungen der gewerkschaftlichen Unterstützungen sehr günstig für die Mitglieder auszulagen, ja ganz neue Unterstützungsrichtungen zu schaffen, wie die Unterstützung der Frauen und der eingezogenen Verbandsmitglieder, Weihnachtsgaben, Liebesgabenleistungen und dergleichen. Einzelne besonders schwer getroffene Gewerkschaftsorganisationen mit unter Nachwirkungen großer Kämpfe ungünstigen Finanzen mußten an die Solidarität der andern Gewerkschaften appellieren, die ihnen auch, freilich nur für begrenzte Zeit, geleistet wurde.

Die Mitglieder haben mit einigem Befremden diese Anpassungen an die Verhältnisse des Krieges beobachtet. Im allgemeinen haben sie aber vieles Verständnis für die Schwierigkeiten gezeigt, in denen die Gewerkschaften während der Kriegszeit zu wirken hatten. Man mußte ihnen sagen, daß die Gewerkschaften doch nur für die Zeit des Friedens und nicht für die ganz anomalen Verhältnisse des Krieges geschaffen seien, daß bei keiner Beratung von Statuten und Unterstützungsregulativen mit der Anwendung für die Kriegszeit gerechnet werden konnte. Was die Gewerkschaften in der für die Arbeiter schwersten ersten Zeit des Krieges ihren Mitgliedern geleistet haben, war eine große Leistung. Selbst Feinde der Gewerkschaften haben das anerkennen müssen.

Die Gewerkschaften haben den Mut nicht verloren, obgleich ja zu Anfang des Krieges nicht abzusehen war, wie lange diese starken Anforderungen an ihre Finanzen dauern werden.

Die Gewerkschaften haben sich auch um die großen Fragen des Krieges bekümmert. Schon am 13. August haben sie mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei gemeinsam die Beschlagnahme der Lebensmittelvorräte und ein künftiges Anpassen der Lebensmittelfragen mit Rücksicht auf die Beschränktheit der Vorräte von der Reichsregierung verlangt. Sie haben dabei keine Rücksicht genommen auf die Polizeiverfolgungen, die den Gewerkschaften für ein Zusammenwirken in der sozialdemokratischen Partei angedroht wurden.

Die Gewerkschaften haben erst später von der Regierung für die Zeit des Krieges, aber ausdrücklich für diese Zeit, die Zusage erhalten, daß diese kleinliche Radikalpolitik nicht fortgesetzt werde.

Nach Abschluß der Mobilisierung.

Nun beginnt die Periode der Anpassung der Industrie an die Kriegsbedürfnisse. An Stelle der starken Arbeitslosigkeit tritt in einer Reihe von Industrien, so in der Metall-, Textil- und Bekleidungsindustrie, in der sonstigen Lederbearbeitung usw. ein starker Beschäftigungsgrad, eine wachsende Nachfrage vor allem nach gelerntem männlichen Arbeitern ein.

Freilich andre Industrien, die mehr dem Luxus dienen oder keine unbedingt erforderlichen Bedürfnisse befriedigen können, wie zum Beispiel die Glas- und Porzellan-Industrie, leiden weiter schwer unter der Arbeitslosigkeit. Innerhalb der Metall-Industrie, aber auch in der Schuh-Industrie, die zum Beispiel Sattlerwaren herstellt, zeigt sich eine außerordentliche Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse des Krieges, alle möglichen Metall bearbeitenden Betriebe bewährten sich bei der Herstellung von Schiffen, Landfahrzeugen, vor allem von Munition und sonstigem Kriegsbedarf. Granaten werden von Fabriken, die sonst medizinische Apparate

herstellen, geschaffen, Spielwarenfabriken machen Liebesgabenartikel. Freilich können sich Schmuck- und Edelstein-Industrien, wie in Hanau und in Pforzheim und im Birkenselber Land, nicht erholen. Die Gewerkschaften nehmen wieder Einfluß auf die Lohnhöhe, sie verhandeln mit den Militärbehörden, damit die Interessen der Arbeiter bei den hohen Preisen der Kriegslieferanten gewahrt werden. Es gelingt das in vielen Fällen. In die Gewerkschaften werden direkte Militärlieferanten, so in der Schneiderei. Der aufgeregte Despotismus der Militärbehörden führt zu einer militärstaatlichen Lohnregulierung, ja es werden Tarifverträge zwischen Militärbehörden und Kriegslieferanten abgeschlossen. Es werden Unternehmer wegen schlechter Bezahlung der Arbeiter und Arbeiterinnen von den Kriegslieferanten ausgeschlossen, der Kampf gegen das Zwischenmeisterstum wird versucht.

Der Aufschwung der „Militär-Industrie“ führt zu einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen in sehr vielen Gewerkschaften, die Arbeitslosenzahlen sinken im Metallarbeiterverband — freilich auch unter Berücksichtigung der Einberufungen — unter die Friedensdurchschnitte. Auch die nicht direkt am Militärgeschäft beteiligten Industrien, wie das Buchdruckgewerbe, haben Vorteile. Das Inseratenwesen der Zeitungen erholt sich in der großen Presse wenigstens. Die üppig in die Halme schießende, wenn auch qualitativ oft sehr unzureichende Kriegsliteratur schafft Beschäftigung den Buchdrucker- und Buchbindergerwerb und drückt die freilich noch immer sehr ansehnlich bleibende Arbeitslosenzahl hinunter. Einzelne Gewerkschaften, die ihre Unterstützungszüge und -arten sehr eingeschränkt hatten, beginnen die Wiedereinführung des Friedensstatuts in Erwägung zu ziehen.

Hat die Mitgliederzahl der Gewerkschaften auch naturgemäß stark unter den Einberufungen gelitten, so ist ihr Rückgang allem Anschein nach geringer als der der sozialdemokratischen Partei und der der Abkommen der Arbeiterpresse. Auf die Gewerkschaften wirken die Bedingungen des Krieges: der aufgezwungene Burgfriede, die Zensur, das Kriegrecht, lange nicht so stark wie auf die politische Aktion und auf die Zeitungen der Arbeiter.

Die vielen und schärfen Auseinandersetzungen innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und die weit stärkeren innerhalb der sozialdemokratischen Presse fanden ihren Widerhall in zahlreichen Äußerungen leitender Männer der Gewerkschaften wie in den Fachblättern. Kann man auch fast alle Spielarten der Parteibiskussion in der Gewerkschaftspresse verfolgen, so finden wir doch besonders stark zum Ausdruck gebracht die Erwartung einer für die freie Betätigung der Gewerkschaften günstigen Wendung der inneren Politik Deutschlands. Der Verfasser, der in einem Aufsatz im „Kampf“, der im Dezember geschrieben wurde, diesen Erwartungen eine Reihe von Einwendungen entgegenstellte, ist deshalb recht scharf angefaßt worden. Er gesteht gern zu, daß die Hoffnungsfreudigkeit, die er damals beobachtete, seitdem stark abgeklüfft ist, ja daß gewisse Winnig, ein geschätzter Mitarbeiter des „Kampfes“, der besonders energisch mit dem Verfasser ins Gericht ging, seitdem („Chemnitzer Volksstimme“ vom 8. April 1915) sich den im „Kampf“ geäußerten Ansichten fast genähert hat. Die Hoffnungsfreudigkeit wurde aber nicht nur von Winnig, sondern auch von andern als eine wichtige Voraussetzung jeder erfolgreichen Aktion der Arbeiterschaft bezeichnet. Niemand ist mehr hiervon überzeugt als der Schreiber dieser Ausführungen. Freilich meint er nicht die Hoffnungsfreudigkeit in die Einsicht der bürgerlichen Parteien, die erst die guten Absichten einer Regierung in die Wirklichkeit übersehen können, sondern die Zuversicht in die eigene Kraft der Arbeiterklasse. Sicherlich muß man Optimist sein, um in der Arbeiterbewegung mit Nutzen wirken zu können, aber es muß der Optimismus vor allem begründet sein im Vertrauen in die Arbeiterklasse und nicht in der Unterschätzung der Widerstände, die dem Streben der Arbeiterklasse aus dem Wesen des Kapitalismus erwachsen.

Die Gewerkschaften lassen höchste Sparsamkeit walten. Das zeigt sich äußerlich in dem sehr beschränkten Umfang der Gewerkschaftszeitungen, in der Verminderung der sonst so zahl- und umfangreichen Veröffentlichungen der Gewerkschaften, in der geringen Zahl ihrer agitatorischen Versammlungen.

Ist auch manches unfreundliche Wort über die Internationalität der Gewerkschaften verzeichnet worden, so muß doch betont werden, daß die internationalen gewerkschaftlichen Sekretariate und Publikationen aufrechterhalten wurden; so erscheinen regelmäßig die Mitteilungsblätter der internationalen Sekretariate der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Buchbinder und andre.

Auf die Publikationen der Gewerkschaften hat die Zensur sich nicht mit Eifer geworfen, doch wurde zum Beispiel der Kalender des Bauarbeiterverbandes auf Grund einer Denunziation der christlichen Gewerkschaften wegen nicht genügend burgfriedlicher Gesinnung konfisziert. Die Denunziation kam aber spät, so daß nur wenige Exemplare beschlagnahmt werden konnten.

Die Periode der Beschlagnahme.

In eine neue Periode kommt die Industrie und die von der Industrie beschäftigte Arbeiterschaft durch die Beschlagnahme von Metallen und andern Rohstoffen der Industrie. Vor allem ist die Sicherung der militärischen Bedürfnisse die Veranlassung zu dieser Beschlagnahme.

Solange der Krieg dauert, muß man mit der vollen Beschäftigung der Kriegsindustrien rechnen können, deren Weiterbetrieb durch die Beschlagnahmen gesichert werden muß. Diese müssen

aber natürlich auch dazu führen, daß eine Reihe von Industrien unbeschäftigt bleibt. Wie weit sich hierdurch der Beschäftigungsgrad ändern dürfte, wie weit indirekt andre nicht direkt beteiligte Industrien, so z. B. das Buchdruckgewerbe, unter diesen Verhältnissen leiden werden, läßt sich natürlich vorläufig noch nicht abmessen.

Das erwartete Hinausschnellen der Arbeitslosenzahlen trat nicht ein, weil die verschärften Einberufungen und zahlreiche Berufswechsel die Wirkungen, die erwartet wurden, nicht in Erscheinung treten ließen. Freilich die Gewerkschaften, deren Arbeiter nicht in den Kriegsindustrien untergebracht werden konnten, werden finanziell in höherem Maße in Mitleidenschaft genommen.

Im Interesse der Sicherung des Kriegsbedarfes sind viele Arbeiter für unabkömmlich erklärt worden. Diese Unabkömmlichkeit wird ausgesprochen nicht hinsichtlich der Berufstätigkeit, sondern in Beziehung auf den Betrieb, in dem der betreffende Arbeiter für Kriegslieferungen wirkt. Das verstärkt natürlich die Abhängigkeit der Arbeiter, die bei jeder Differenz mit dem Unternehmer die Außerkräftsetzung der Unabkömmlichkeitserklärung ins Auge fassen müssen. Zur Sicherung der Bodenbestellung hat die bayerische Regierung die Unklindbarkeit zahlreicher landwirtschaftlicher Arbeitsverträge ausgesprochen, was natürlich kritische Betrachtungen der Gewerkschaften hervorgerufen hat.

Die Erscheinungen der Teuerung, die sich immer deutlicher im Arbeiterhaushalt fühlbar machen, haben die Gewerkschaften zu zahlreichen Erklärungen und Eingaben veranlaßt, wie zu vielfachen Hinweisen auf ihre früher gemachten Anregungen.

Die Einberufungen der älteren Jahrgänge des Landsturms entzogen neuerdings den Gewerkschaften organisierte Arbeiter. Im Arbeitsprozeß versuchte man an Stelle dieser Arbeiter und Angestellten die Beschäftigung von Frauen und von Halbinvaliden.

Die Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Reichsämtern wie die Beratungen im Reichstag boten den Anlaß, Sicherungen des Koalitionsrechts, Reform des Reichsvereinsrechts, obligatorische positive Arbeitsnachweise vor allem zu fordern. Aber während der Kriegszeit wird nichts an dieser Gesetzgebung geändert werden, es bleibt recht dunkel, wie nach dem Kriege die Wünsche der Gewerkschaften in der Gesetzgebung zum Ausdruck kommen können.

Aus einem geheimen Aktenstück des bayerischen Metallindustriellenverbandes, wie aus einer Rede des leitenden Mannes des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats, wie aus dem Widerstand der Großindustriellen gegen Schlichtungskommissionen bei Lohnindifferenzen kann man erkennen, daß die Unternehmer von dem prinzipiellen Standpunkt, den sie vor dem Kriege eingenommen haben, im wesentlichen, wenn auch wahrscheinlich in der Tonart der Verhandlungen, nicht abgehen dürften.

Die Periode vor dem Friedensschluß.

Vieles hängt davon ab, ob diese Periode vor der Einheimigung der nächsten Ernte oder nach Sicherung der neuen Ernte enden wird, ob wir mit einer guten oder schlechten Ernte zu rechnen haben. Wir alle wünschen, daß diese Periode erfüllt sei von begründeten Hoffnungen. Diese werden auf die Stimmung aller, auch der Gewerkschaftsorganisationen, ihrer Leiter und ihrer Mitglieder wirken. Aber rein wirtschaftlich genommen dürfte diese Periode eine Zeit der Erschöpfung der Kräfte vieler Gewerkschaften, des Stillstands vieler Industrien, der großen Arbeitslosigkeit sein. Es wird schwer sein, aber es wird desto wichtiger sein, vor allem für die kommenden Zeiten des Friedens, in denen den Gewerkschaften neue Aufgaben größter Art erwachsen werden, den Zusammenhang zwischen den Mitgliedern der Gewerkschaften und ihren Organisationen möglichst fest zu erhalten.

Dauernder Burgfriede zwischen den Gewerkschaftsrichtungen?

Vor einiger Zeit haben wir Notiz genommen von einem Artikel im „Regulator“, dem Organ der Christlich-Deutschen Metallarbeiterorganisation, in dem ein dauernder Burgfriede zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen in Deutschland als möglich und wünschenswert bezeichnet wurde. In dem Artikel wurde betont, daß ein einiges Zusammenwirken der Arbeiterorganisationen die Erfolge bei Lohnkämpfen steigern und auch „die grundsätzliche Ausnutzung besserer Bewertung der Arbeiterorganisationen“ erleichtern würde. Ueber die nächste Wirkung einer besseren Verständigung hieß es: „Die gegenseitige Konkurrenz in der Werbung neuer Mitglieder könnte gar wohl auf einem sachlichen Boden geführt werden, der Ueberritt zwischen den Mitgliedern der verschiedenen Richtungen könnte eine gemeinsame Regelung erfahren, allgemeine Regeln des Verhaltens bei drohenden oder ausgedrohten Kämpfen ließen sich aufstellen. Es gäbe eine ganze Anzahl Punkte, wo angefangen werden könnte, das gemeinsame Arbeiten in solchen Fragen würde dann den Boden für das Weitere schon vorbereiten. Grundbedingung müßte nur sein, jeder Richtung ihre Eigenart zu belassen.“ Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ nannte die Ausführungen im „Regulator“ recht bemerkenswert und betonte, daß allerdings ein einmütiges Zusammenstehen aller Arbeiterorganisationen in jedem Falle, wo Arbeiterinteressen zu wahren sind, nur von Vorteil sein können. Eine andre Frage

aber sei es, ob der Vorschlag des „Regulators“ mehr als ein wohl-gemeinter Diskussionsstoff sei, ob der Zentralrat des Verbandes der Gewerksvereine hinter diesem Angebot stehe und ob dasselbe auch von den christlichen Gewerkschaftsleitungen sowie den pol-nischen Berufsverbänden ernst genommen würde. Nur in diesem Falle könne man sich von eingehenderen Erörterungen ein posi-tives Ergebnis versprechen.

Das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften nahm die Ausführungen des Kirch-Dienerischen Organs ohne sonderliche Sympathie zur Kenntnis. Es betonte zwar, daß von den christ-lichen Gewerkschaften „einem besseren Verhältnis der verschiedenen Gewerkschaftsgruppen untereinander jedenfalls nicht ent-gengearbeitet“ werden solle, fügte jedoch dieser mehr als lahmten Zustimmung zu einem gewerkschaftlichen Burgfrieden folgenden Ausfall gegen eben diesen Frieden an: „Das größte Hindernis zu einem besseren Zusammenwirken bilden unjenseit Er-achtnis breite sozialdemokratische Kreise, die jede Aktion in erster Linie nach ihrer agitatorischen Wirkung anstatt nach den Voraus-setzungen zu einem praktischen Erfolg beurteilen.“ Nun ist eine solche Behauptung ganz gewiß nicht geeignet, einer Verständigung die Wege zu ebnen. Es ist eine sehr alte Weisheit, daß Gegner, die sich versöhnen sollen oder wollen, sich ihre Sünden nicht vorher aufrechnen dürfen. Zu alledem hat das christliche Blatt für seinen Ausfall recht wenig und recht dürftige Gründe. Es führt „zwei sprechende Belege aus jüngster Zeit“ als Beweis für die Unfrucht-barheit der freien Gewerkschaften an, die aber beide der Beweis-kraft ermangeln. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ soll zweimal die Haltung der christlichen Gewerkschaften in der Arbeitsnachweis-frage „nichts weniger als vornehm“ angegriffen haben und eine Korrespondenz der sozialdemokratischen Parteipresse den Gewerk-verein der christlichen Bergarbeiter als leistungsunfähig hingestellt haben, weil er „nicht eine ähnliche Summe wie der sozialdemo-kra-tische Bergarbeiterverband als Kriegerfamilien-Unterstützung ausbezahlt hatte“. Ganz abgesehen davon, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ für ihre Kritik sachlich unanfechtbare Gründe hatte und der Bergarbeiterverband jene Veröffentlichung nicht veranlaßt, sondern sogar mißbilligt und berichtigt hat, muß man doch sagen, daß mit solchen Belegen gar nichts gegen die Friedensliebe der freien Gewerkschaften gesagt ist. Das steht selbst die den christ-lichen Gewerkschaften sehr freundlich gesinnte „Soziale Praxis“ ein, die zu der Beweisführung des „Zentralblatts“ meint: „Wenn im letzten halben Jahr nicht schlim-mere Dinge zwischen den christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften vorge-kommen sind als diese zwei, dann darf man alles andere eher als an der Verständigungsmöglichkeit verzweifeln.“

Das „Zentralblatt“ erwiderte auf diese sachlich einwandfreie Folgerung mit einer Ausflucht. Es schrieb: „Wenn während des Krieges nicht „schlimmere Dinge zwischen den christlichen und sozial-demokratischen Gewerkschaften vorgekommen sind als diese zwei“, so liegt das nicht ausschließlich an dem guten Willen aller Gewerk-schaftsgruppen, sondern auch daran, daß die Aufgaben der Gewerk-schaften sich seit Monaten sehr verschoben haben, daß ihre Tätigkeit auf vielen Gebieten eine große Einengung erfährt und daß schließ-lich auch die militärische Zensur vieles nicht geschehen läßt.“ Zu-erst rechtfertigt also das „Zentralblatt“ seinen Skeptizismus mit dem, was die freien Gewerkschaften getan haben, dann mit dem, was diese hätten vielleicht tun können, wenn die Umstände und die Zensur nicht Vorsehung gespielt hätten. Ueberzeugend wirkt nach solchen Ausführungen die Versicherung der Friedensliebe nicht. Man erhält vielmehr den Eindruck, daß das „Zentralblatt“, ent-gegen jener Versicherung, an der „Verständigungsmöglichkeit ver-zweifelt“, aber gern „den andern“ in die Rolle des Karnickels bringen möchte, das angefangen hat und nicht aufhören will.

Nach unserer Auffassung ist die Anregung im „Regulator“ sehr gut gemeint, aber weniger gut durchdacht. Wir teilen durch-eaus die Auffassung, daß die Einigung der Gewerkschaftsgruppen die Schlüsselrolle ist und damit die Grundlage der Arbeiter-Regierung und auch sonst manchen Nutzen bringen und manchen Schaden ver-hüten könnte. Aber wir sind nicht der Meinung, daß eine Ver-ständigung in der vorgeschlagenen Weise auf die Dauer möglich ist. Denn die ganze Anregung läuft darauf hin-aus, die Verschiedenheiten und Gegensätze in der Auffassung und Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben bestehen zu lassen und nur die Formen abzuweichen, in denen die sachlichen Mei-nungsverschiedenheiten feiner ausgedrückt werden. Das wäre die Methode des Arztes, der das Fieber dämpfen will, aber die Krankheit wegsuchen läßt. Gleich wäre es möglich, das Verhältnis der Gewerkschaftsrichtungen zueinander unter gewisse Regeln und Formeln zu bringen. Gewonnen wäre damit jedoch sehr wenig. Sobald die abweichenden oder gegensätzlichen Auffassungen darüber, was im Interesse der Arbeiter notwendig oder möglich ist, in einem konkreteren Fall ausgetragen werden, fallen alle Regeln und Formeln dahin. Organisationen, die in grundsätzlichen Fragen einander begegnen, kann man nicht zu einer tatsächlichen Einheit ver-zwischen.

Eine andre Frage ist, ob nicht der Krieg die Einigung der Arbeiter auf einer andern Grundlage möglich gemacht hat oder möglich machen wird. Nämlich so, daß sich die Gewerkschafts-richtungen über eine gemeinsame Grundlage zur Zu-sammenfassung aller organisierten Arbeiter (die-Selben rechnen wir selbstverständlich nicht dazu) in einheitliche Organisationen ver-ständigen. Diese Grundlage könnte und müßte natürlich rein wirtschaftlich sein und parteipolitische oder religiöse Fragen nicht nur im Sinn, sondern auch in den Mitteln ausschließen. Eine solche grundsätzliche Einigung herbeizuführen ist, das verkennen wir gar nicht, ungemein viel schwieriger als eine Verständigung über die Form des Nebeneinanderbestehens. Dafür hat sie aber den unendlichen Vorzug, die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften ganz erheblich und dauernd zu steigern.

Die vorstehenden Ausführungen waren schon geschrieben, als wir die Mitteilung erhielten, daß der Zentralrat der Kirch-Dienerischen Gewerksvereine sich mit der Anregung des „Regu-lators“ in einer Sitzung beschäftigt und dazu folgende Ent-schließung angenommen hat:

„Eines der erfreulichsten Ergebnisse, die dieser sonst so furchtbare Krieg gezeitigt hat, erblickt der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine in dem gemeinsamen Arbeiten der verschiedenen Organisationsrichtungen, wie es auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge, des Arbeitsnachwe-sens, der Hinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenfürsorge, der Stütze- rung der Volksernährung und sonst bei der Vertretung der Arbeiterinter-essen während der ganzen Dauer des Krieges durchgeführt worden ist. Er spricht die zuversichtliche Erwartung aus, daß bei aller Wahrung der Eigenart der verschiedenen Richtungen auch nach Friedensschluß ein solches Neben- und Mitein-anderarbeiten möglich ist im Interesse der Arbeiterschaft und des deutschen Wirtschaftslebens.“

In der Erkenntnis, daß zurzeit die einheitliche Ar-beiterorganisation auf neutralem Boden, wie sie als Ideal den Deutschen Gewerksvereinen vorführt, nicht zu verwirklichen ist, macht sich der Zentralrat die im „Regulator“ vertretenen An-schauungen zu eigen. Da diese Anschauungen auch in der Presse der andern gewerkschaftlichen Organisationen zum Teil völliger Zustimmung, nirgends aber grundsätzlicher Ablehnung begegnet sind, bringt der Zentralrat seine Bereitwilligkeit zum Ausdruck, alle Be-strebungen zu unterstützen, die darauf abzielen, auch nach dem Kriege ein erträglicheres Verhältnis zwischen den verschiedenen Organisationen auf-zubehalten und in allen die gesamte Arbeiterschaft betreffenden Fragen ein gemeinsames Vorgehen zu ermöglichen.“

Diese Entschließung ändert natürlich an unserer Auffassung von dem Wert und den Aussichten einer solchen Verständigung nichts. Jedoch veranlaßt sie uns, ausdrücklich zu sagen, daß wir, unbeschadet dieser Auffassung, einer Verständigung nicht nur „nicht entgegenarbeiten“, sondern gern die Wege mit ebnen wollen, soweit uns das möglich ist. Denn selbst wenn die Verständigung, wie wir befürchten, im Versuch oder später scheitern sollte, kann der Schaden nicht größer sein als der Nutzen. Vielleicht führt sogar eine solche Verständigung auf den Weg, den wir oben an-gedeutet haben und den auch der Zentralrat der Gewerksvereine in seiner Entschließung als den besseren bezeichnet. Denn die Er-kenntnis, daß die Arbeiter nicht mehr gegeneinander, aber auch nicht nur nebeneinander, sondern miteinander und füreinander kämpfen müssen, wenn sie siegen wollen, ist durch den Krieg mächtig gefördert worden.

Aus der Industrie

Die Wirtschaftslage im Verbandsgebiet nach den Berichten aus der Industrie.

Das „Reichsarbeitsblatt“ bringt allmonatlich Berichte über den Stand des Wirtschaftslebens auf Grund von Berichten, die aus der Industrie, also von den Unternehmern gemacht werden. Bei der Bewertung dieser Berichte ist zu beachten, daß es sich nicht um einwandfreie Feststellungen handelt, die nachgeprüft werden können, sondern nur um ein aus Einzelberichten, die oft mehr Meinung als Feststellung sind, zusammengesetztes Bild. Trotzdem haben diese Berichte einen gewissen Wert für die Beurteilung der Wirtschaftslage. Wir geben deshalb nachstehend diejenigen Teile aus der Uebersicht, die unser Verbandsgebiet betreffen, wieder. Die Aus-führungen gelten für den Monat März.

Chemische Industrie.

Die chemische Großindustrie bezeichnet dem Vormonat gegenüber keine Veränderung, teils eine Abschwächung; für die Arbeiter sind Lohnerhöhungen durchgeführt worden. Die Schwefel-fabrikation hat eine Abnahme der Geschäftslage nicht aufzu-weisen. Die Lohnerhöhungen, die aus diesem Industriezweig be-zichtigt werden, haben sich zum Teil hauptsächlich auf die un-gelehrten Arbeiter erstreckt. Auch die Potasche- und Nitrol-fabrikation hat eine Abnahme im Geschäftsgang zu verzeichnen. In der Gelatinefabrikation hat sich die Beschäftigung im Berichtsmonat ebenfalls wenig geändert; die Löhne sind, wie be-reits angegeben wird, erheblich gestiegen, insbesondere wurde an jüngeren Leuten wiederholt Lohnerhöhung bewilligt. Ein gewisser, sich stärker als sonst fühlbar machender Personalmangel wird nicht nur auf die Zahlung höherer Löhne seitens anderer Betriebe, sondern auch auf Ueber-gang zur Landwirtschaft zurückgeführt.

Die Herstellung chemischer pharmazeutischer Präparate weist im ganzen weder eine Verbesserung noch eine Verschlechterung auf. Vereinzelt wird jedoch eine Abschwächung des Beschäftigungsgrades fest-gestellt; doch wird auch für einige besondere Heilmittel eine Verbesserung des Absatzes verzeichnet. Verschiedentlich wird angegeben, daß eine Lohnerhöhung nicht stattgefunden hat; nach einer Anzahl der Be-trieblichen sind jedoch Kriegszulagen, zum Teil 10 v. H. des Lohnes be-tragend, zugewilligt worden. Eine Anzahl von Betrieben, verzeichnen Ueberarbeitsleistung.

Die Anilinfarbherstellung hat im ganzen weder eine Steigerung noch eine Verminderung der Beschäftigung erfahren, doch wird von Großunternehmungen über eine Verbesserung infolge der Zunahme von Lieferungen für den Kriegsbedarf berichtet. Die Lage der Leuchtstoff-fabrikation entsprach im gesamten ersten Vierteljahr 1915 der Lage im vorhergehenden letzten Vierteljahr 1914.

Die Lackfabrikation weist dem jährlichen Verhältnis ent-sprechend eine teilweise Verbesserung des Geschäftsganges auf; einzelne Be-richte führen die Besserung auf Lieferungen für den Kriegsbedarf zurück; andere Betriebe verzeichnen keine besondere Schwankung im Berichtsmonat den vorhergehenden Monaten gegenüber. Nur ein Bericht gibt an, daß unter dem Einfluß der Lage des Baumarktes eine Verschlechterung stattge-funden habe. Vielfach sind Lohnerhöhungen einge-treten.

Die Farbstoff- und Gerbstoffextraktfabrikation hat keine Veränderung aufzuweisen. In einzelnen Orten sind Lohnerhöhungen vorgenommen worden.

Von Fabriken, die Farben aller Art herstellen, wird eine Steigerung der Tätigkeit festgestellt. Das gleiche ist teilweise der Fall für die Herstellung giftfreier Farben für die Papierindustrie wie für Wuch- und Stein-druck; ebenso auch für die Blei- und Zinkfarbherstellung. Ver-schiedentlich wird über Ueberstundenleistung und ab- Lohnerhöhung berichtet.

Die Betriebe, die Membranen, Glätte u. dergl. herstellen, befaßten sich teilweise mit der Herstellung von Erzeugnissen für Kriegszwecke.

Bezüglich der Herstellung von Leuchtstoffen hat eine Verbesserung dem Vormonat gegenüber nicht stattgefunden. Von Kolorieren, die Neben-erzeugnisse von Leer, Ammoniak und Benzol gewinnen, wird über ebenso ausreichende Beschäftigung wie im Vormonat berichtet.

Die Zerkleinigungsindustrie hatte für das Inland gut zu tun.

Die Zerkleinigungsindustrie weist eine weitere Abschwächung des Ge-schäftsganges im Vergleich zu den Vormonaten auf; es mußten Lohn-erhöhungen vorgenommen werden.

Von der Wärme- und Kälteindustrie wird eine leichte Steigerung des Beschäftigungsgrades auf die gute Beschäftigung der übrigen Industrien zurückgeführt.

Die 110 berichtenden Betriebskrankenkassen der chemischen Industrie zählten am 1. April 43 814 männliche und 11 056 weibliche versicherungs-pflichtige Mitglieder abzüglich der arbeitsunfähigen Kranken. Während des Berichtsmonats hatte sich die Zahl der männlichen Mitglieder um 0,01 vom Hundert vermindert, die der weiblichen um 2,25 v. H. erhöht.

Papierindustrie.

Die Holz- und Strohzelluloseindustrie bezeichnet die Geschäftslage zum Teil als gut, zum Teil als unzureichend; es ist Arbeitermangel vorhanden, und es sind verschiedentlich Lohnerhöhungen eingetreten. Die Zelluloseindustrie weist be-sondere Nachfrage auf. Es wird aus Schlesien berichtet, daß Ueber-arbeit erforderlich war.

Die Papiererzeugung weist im ganzen eine weitere Verbesserung des Geschäftsganges auf. Die Beschäftigung wird als anhaltend gut, zum Teil als sehr gut, von einem Bericht allerdings nur als leblich befriedigend bezeichnet. Insbesondere wird auch für die Pack- und Lütenpapier-herstellung eine weitere Belebung des guten Geschäftsganges fest-gestellt. Das die Druckpapier- insbesondere Zeitungsdruk-papierindustrie anbelangt, so hat auch hier eine Besserung statt-gefunden; es wird von allgemeiner Wiederbelebung des Geschäfts und von einer merklichen Zunahme des Umfangs der Blätter, die für Zeitungs-anzeigen bestimmt sind, berichtet. Für Streich- und Tapetenpapiere hat sich gegen den vorigen Monat nichts geändert.

Bei den Tapetenfabriken machte sich vielfach eine Verbesse-rung der Beschäftigung geltend, die hauptsächlich auf den Umzugsverkehr und die Osterzeit zurückzuführen wird. Eine Anzahl von Betrieben gibt an, daß eine wesentliche Veränderung des Geschäfts im vergangenen Monat nicht eingetreten ist. Vereinzelt wird über Notwendigkeit, infolge von Arbeitermangel Ueberarbeit zu leisten, berichtet.

Das Maß der Beschäftigung innerhalb der Dachpappen-industrie während des Monats März unterliegt bei den einzelnen Fabriken sehr großen Schwankungen. Gut bzw. befriedigend beschäftigt war ein größerer Teil der Betriebe Süd-, West-, Mittel- und Norddeutsch-lands einschließlich des Königreichs Sachsen und der Mark Brandenburg. (Es waren jedoch auch hier Betriebe vorhanden, die schlechte Beschäftigung aufwiesen und aus Mangel an Aufträgen sogar den Betrieb ganz ein-stellten.) In den bezeichneten Gebieten hat die gute Beschäftigung der Be-trieblichen die verschiedensten Ursachen. Zum Teil kommen Neubauten industrieller Betriebe in Betracht, die sich infolge Kriegslieferungen ver-größern müssen; zum andern, größeren Teil handelt es sich um Baraden-bauten, zu deren Einbindung Dachpappe unentbehrlich ist. In den Kali-genden hat lebend auf das Geschäft die Tatsache eingewirkt, daß die Kalkwerke zur Bedeckung der zur Verfügung stehenden offenen Wagen auf die Dachpappe zurückgreifen mußten. Somit ruht die Privatindustrie fast vollständig und zieht naturgemäß die Dachpappenerzeugung da in Mit-leidenenschaft, wo unmittelbare oder mittelbare Kriegslieferungen keinen Ausgleich bieten. Wegen des Frühjahrseffekt gewöhnlich der Bedarf stark ein, um die geräumter Lager wieder zu füllen. Diese Erscheinung macht sich aber in diesem Jahre nur in vermindertem Maße geltend.

Ein wesentlich ungenügenderes Bild bieten die Berichte, die aus den Provinzen Pommern, Posen und Schlesien kommen. In diesen wird die Beschäftigung fast durchweg als schlecht be-zeichnet; zwei Betriebe erlebigen eingehende Aufträge ganz aus vor-handenen Beständen. Ein Bericht aus Schlesien indes bezeichnet die Be-schäftigung als mittelmäßig, während ein anderer eine Verringerung der Beschäftigung um 10 v. H. gegenüber dem Vorjahr angibt. In den Be-trieben der vorstehend bezeichneten Provinzen wurde die Arbeitszeit, um die Arbeiter weiterbeschäftigen zu können, her-untergesetzt, während in den gut beschäftigten vorerwähnten Gebieten Ueberstunden erforderlich waren, weil es schwer hielt, ge-nügend Arbeitskräfte heranzuziehen. Aus einer Stadt Schlesiens wird dagegen Ueberangebot an Arbeitskräften gemeldet. Im Osten tritt der Arbeitermangel besonders deshalb in Erscheinung, weil die

Heimgekehrt.

In dem kleinen Dorfe steht die Kapelle in voller Pracht. Ein Lärm, wie man ihn nur bei Festen zu hören pflegt, ertönt über der Dorfstraße aus dem schmalen Gäßchen. Ganz still ist die Luft, so still wie alles sonst im Dorfe. Am Ende der Dorfstraße liegt ein kleines Häuschen. Die unbewegliche Sonne wirft auf dem Hofe ein helles Licht auf die Mauer, die auf der Wand vom Haus führt nach unten. Auf dem Hofe stehen zwei alte Frauen, ein Mann, ein Weib. Nichts sagt die Alte, aber in ihrem Denken, es ist nur, daß das Weib, das in der Kapelle einen neuen Platz in der Gemeinde findet, es nicht in unheimlich still ist. Aber jetzt Segensworte bringt, daß es nun so ist. Der Lärm geht auch in andere Hände in diesen Häusern ein, die ganz stille der Dörfer sind. Es war ein langer Weg, ohne viel Worte und Taten, wie es bei Frauen häufig ist, denn aber ein Weib, das für den Tag auf die Straße zum Segen und froher Heimkehr. Aber Wege auf Wege kommen, und an den Alten geht die Sorge.

Ein junger Mann steht im Hofe, aber die gemächliche Angst legt alles über sich und erhebt sich die Sorge laut werden. So hat eines Tages die Mutter, das Weib, der Mann, der Mann, das war ein guter Schlag für sie. Was schicklicher und wider werden ihre Be-wegungen und immer ihre Schritte. Warum haben sie ein Weib be-kommen und warum auf eine Tochter, die so gut ist. Doch nur Mutter, die Mutter, geht und weilt, wie er nach der langen Zeit. Alle Sorge und alle Hoffnung kommen sie an diesen Orten nun. Doch nur er die einzige Hoffnung, ihre Schritte für die Zukunft, der einzige Schlag, der ganz und ganz mit jeder Hand heranzuziehen konnte. Er dachte noch nicht allein zu gehen. Matthias war jetzt ein Mann. Seine Lippen zittern immer ihm wohl jetzt ihren Bergangen sein, denn höllig mußte es wohl im Krieg zugehen, das dachten sich wohl die beiden unbeschäftigten Alten aus allem, was sie rings um sich reden hörten.

„Ja, denn höllig mußte es wohl im Krieg zugehen, das dachten sich wohl die beiden unbeschäftigten Alten aus allem, was sie rings um sich reden hörten.“

„Ja, Maria sagt noch immer die Angst Schreckhaft zittert aus jedem Ton, Schreckhaft, wie sie unmerklich in der Ferne der alten Eltern lebt. Da schließt sich die Dorfstraße wieder einer daher, ein Uniformierter, wie die beiden Alten sehen. Mühselig humpelt er heran. Auf einmal bleibt er stehen.“

„Mutter, Vater! Erkannt ihr den Fremden nicht?“

„Sohn, es ist aber das harte Gesicht der Mutter, und ein „Mein Gott, was's möglich, der Matthias!“ erwidert sie ihren Lippen.“

„Sohn ist sie auch auf den Soldaten zugewandt und starrte wortlos an seine Brust. Auch der Alte ist herangekommen und sah die Hand seines Sohnes.“

„Der Matthias ist also wieder da!“

„Nahrung, Freude lassen ihn verschlucken. Tanten, die kommen wollen, verzeihen. Ach, daß er nur da ist!“

„Aber da schließt sie Matthias' Stimme auf. Sie hängt so eigenmächtig fremd, erwidert.“

„Ja, da bin ich wieder! Einen Fuß haben sie mir weggeschossen. Mutter, Mutter! Ich bin immer der Matthias.“

Den Toten des Weltkriegs.

Von Karl Bröder.

Viel kleine Hügel im herblichen Land... Der Wind pfeift drüber und träufelt den Sand. Zwei dürre Steden, zum Kreuz verdrängt, Ein Gelm, ein Käppi daraußenhängt Und druntergezerrt mit Tintenblei: „Franzosen — sieben und Deutsche — drei.“

So schläft fern der Heimat, verlassen und stumm, Das selbstverlassene Helidentum. Was findet von ihnen und ihrer Tat? — Zehn Reiten bezahltes Inferno, Ein plattes Wort in den Zeitungspalten Von der Pflicht und der Treue, die sie gehalten? —

O nein! Denn die tauenden Kinder und Frauen, Die vergrämt nach den Totengräbern schauen, Sie wissen, und kein von ihnen vergißt, Das alles hier unten begraben ist.

Und willst du erfahren, wie viele es sind? Frage den Wind! Den Wind, der über die Gräber jaht, Der nichts nach deutsch, nach französisch fragt. Da — er schlingt an dem hölzernen Kreuz vorbei: „Franzosen — sieben und Deutsche — drei.“

Tiefbaumtnernehmer, die zu guten Preisen die Ausführung von Schanzarbeiten übernehmen, alle männlichen Arbeiter zu hohen Löhnen an sich heranziehen. Daher müssen in der Mehrzahl der Betriebe Lohnerhöhungen stattfinden. Die Notwendigkeit ergibt sich auch aus den gestiegenen Kosten der Lebenshaltung; wo irgend möglich, werden, um dem Arbeitermangel zu begegnen, weibliche Kräfte herangezogen.

Verschiedene Industriezweige.

Die Zementindustrie hatte zum Teil etwas günstigeren Absatz zu verzeichnen, da sich, wie hervorgehoben wird, die Bauindustrie verschiedentlich etwas belebte.

In den Ziegeleien ist die Lage im allgemeinen unverändert; vereinzelt wird ein geringer Mehrerfordern verzeichnet.

Die Verhältnisse in der Steingutfabrikation haben sich dem Normalen gegenüber nicht geändert. Teilweise wurden die Löhne aufgebessert.

Die Spielwarenindustrie hat teils eine Verschlechterung des Geschäftsganges erfahren, teils kann wenigstens für die Puppenherstellung infolge der Leipziger Messe eine kleine Besserung festgestellt werden.

Soweit die Berichte im „Reichsarbeitsblatt“. Bemerkenswert sind die Mitteilungen über die erfolgten Lohnerhöhungen. So besonders die Klage aus der Sechens- und aus der Dachpappenfabrikation, daß die Arbeiter sich in anderen Industriezweigen mit höheren Löhnen beschäftigen suchen. In welchem Umfange überhaupt Lohnerhöhungen stattgefunden haben, läßt sich aus diesen Berichten nicht feststellen. Die fast immer wiederkehrenden Angaben, daß Lohnerhöhungen stattgefunden haben, beziehen sich immer nur auf einen oder einige Betriebe und können nicht einfach verallgemeinert werden, zumal die Unternehmer aus erklärlichen Gründen das Bestreben haben, etwa erfolgte Lohnerhöhungen recht auffällig herauszustellen. Immerhin soll zugegeben werden, daß vielfach, in den meisten Fällen auf Drängen unseres Verbandes, Aufbesserungen der Löhne erfolgt sind. Für die Arbeiter ist dabei jedoch durchaus kein „Kriegsgewinn“ herausgesprungen, vielmehr zehrt die enorme Steigerung der Lebensunterhaltungskosten nicht nur jede Lohnerhöhung bis auf den letzten Pfennig auf, sondern sie zwingt den Arbeiter noch zu Einschränkungen auf allen Gebieten. Es ist erfreulich, daß wenigstens von den berichtenden Dachpappenfabriken das offen anerkannt wird. Die Arbeiter haben deshalb auch alle Ursache, da, wo sie bisher eine Lohnerhöhung noch nicht erhalten haben, eine solche mit allen jetzt zulässigen und anwendbaren Mitteln anzustreben.

Der Zuckerrübenanbau 1915.

Bekanntlich erzeugt Deutschland ungefähr doppelt soviel Zucker als es verbraucht. Die überschüssige Menge wurde seither ins Ausland, namentlich nach England, ausgeführt. Seit Ausbruch des Krieges ist diese Ausfuhr fortgefallen. Der Zuckerüberschuß der letzten Ernte wurde teilweise zum Ersatz von Futtermitteln für das Vieh verwendet, teilweise auch durch Steigerung des Verbrauchs für die menschliche Ernährung aufgesehrt. Ein Teil wurde auch in das neutrale Ausland ausgeführt. Jedenfalls ist nicht damit zu rechnen, daß wir nennenswerte Bestände in das neue Erntejahr übernehmen. Trotzdem war in Deutschland eine sehr starke Strömung für eine Einschränkung des Zuckerrübenbaues vorhanden. Diese Einschränkung sollte, falls sie nicht freiwillig erfolge, durch Gesetz erzwungen werden. Grund dieses Verlangens war das Bestreben, möglichst viel landwirtschaftliche Fläche für den Anbau von Körnerfrüchten freizuhalten. Die Regierung hat schließlich dem Drängen teilweise nachgegeben. Sie hat zwar nicht eine Einschränkung des Rübenbaues angeordnet, aber sie hat verboten, daß alle Verträge über den Anbau und die Lieferung von Zuckerrüben, den Bezug von Samen usw. nur für drei Viertel der abgeschlossenen Menge, Fläche usw. gültig sind. Dadurch sollte den Landwirten, die sich vertraglich zur Abnahme einer bestimmten Samenmenge oder zum Anbau einer bestimmten Rübenfläche durch Verträge (z. B. mit den Zuckerrübenfabriken) verpflichtet hatten, die Möglichkeit einer Einschränkung des Anbaues von Rüben ohne Verletzung eingegangener Verträge gegeben werden. Sowieviel diese Maßnahme eine Verringerung des Rübenbaues zur Folge gehabt hat, läßt sich nicht feststellen. Gewiß ist jedoch schon jetzt, daß eine sehr wesentlich geringere Fläche bebaut wird als 1914. Das geht aus der folgenden Uebersicht hervor, die von der Internationalen Vereinigung für Zuckerstatistik veröffentlicht wird.

Table with 7 columns: Länder der Vereinigung, Fabriken (1914/15, 1915/16), Anbau (1914, 1915), Vermehrung (+) resp. Verminderung (-) gegen 1914 Prozent. Rows include Deutschland, Österreich, Ungarn-Rosarien, Niederlande, Schweden, and a summary for other countries and Europe.

Die Angaben sind nicht so vollständig wie in früheren Jahren. Infolge des Krieges waren Angaben für Belgien, Frankreich und Rußland sowie Spanien, Serbien und England nicht erhältlich. Die Rübenbauzahlen für Schweden sind ausgeblieben, es mußten daher die Vorjahreszahlen eingesetzt werden. Die Angaben über die der Vereinigung nicht angehörenden Länder sind wahrscheinlich weniger exakt, jedoch kommen sie für die Weiterzeugung auch nicht sonderlich in Frage.

In Deutschland hat sich die angebaute Fläche um 31,9 Prozent vermindert; im Durchschnitt aller Länder, die berichtet haben, beträgt der Rückgang 31,2 Prozent. Es ist also mit einer starken Verminderung der Zuckererzeugung zu rechnen. Trotzdem werden wir in Deutschland noch weit mehr erzeugen, als wir seither jährlich verbraucht haben. Leider läßt sich bei den jetzigen Zuckerpreisen der Verbrauch nicht wesentlich steigern, obwohl das im Interesse der Volksernährung wünschenswert wäre. Eine Herabsetzung der Preise heißt aber nicht in Aussicht, vielmehr kann man

mit einer weiteren Steigerung rechnen. Die Zuckerrübenfabrikanten müssen eben auch die Konjunktur, und sie befinden sich dabei nicht einmal in der Rolle des tugendhaften Hundes, der nur mißkriecht, weil die andern es auch tun. Die Regierung hat, wie bekannt ist, für Zucker Höchstpreise im Großhandel festgelegt, die von den Fabrikanten nicht überschritten werden dürfen. Daraufhin erwiderten sich viele Fabrikanten, den Zucker überhaupt abzugeben; wenigstens wollten sie im Januar keinen herausgeben, weil die Höchstpreise für Februar und März einen Zuschlag vorsehen. Den wollten die Fabrikanten mitnehmen. Als eine amtliche Erklärung das Zurückhalten des Zuckers für unfaßlich erklärte, rührte das viele Unternehmer gar nicht. Und als gar ein höherer Reichsbeamter einem „maßgebenden Herrn“ der Zuckerindustrie Vorhaltungen machte, erklärte dieser: „In der Verordnung stehen ja keine Strafbestimmungen.“ Worauf allerdings der Regierungsbeamte erwiderte: „Dann können wir Ihnen ja 6 Monate oder 1500 Mk. aufstricken.“ Von besonderer Mißsicht auf das Gesamtwohl zeugen solche Vorkommnisse gewiß nicht. Im Interesse der Allgemeinheit läge vielmehr eine möglichst weitgehende Verbilligung des Zuckers; denn der Zucker ist nicht nur ein Genussmittel, sondern in hohem Grade ein Nahrungsmittel. Dieses Nahrungsmittel, eins der wenigen, an denen wir Ueberschuß haben, zu einem billigen Preise dem Volk zuzuführen, wäre eine nicht nur nützliche, sondern auch durchführbare Aufgabe. Leider zeigen die Unternehmer für eine solche Aufgabe recht wenig Verständnis, und die Regierung hat die Höchstpreise so normiert, daß bei der allgemeinen Teuerung aller Lebensmittel der Zucker keine Ausnahme macht.

Wer stört den Burgfrieden?

Der Geschäftsleitung der Koswiger Tapetenfabrik in Koswig (Sa.) scheint eine Bewegung, die von der Arbeiterchaft zur Erlangung der vor dem Krieg üblichen Löhne eingeleitet war, recht unangenehm zu sein. Eine Notiz in der „Dresdner Volkszeitung“, die das Verhalten der Firma eingehend bespricht, hat es ihr vollends angetan. Sonderbarerweise versucht sich die Firma diesmal nicht mit einer Beschränkung bei der „Dresdner Volkszeitung“, sondern sie bemüht die „Tapete“, um dort eine Entgegnung anzubringen. In dieser Entgegnung sind die Dinge aber so auf den Kopf gestellt und soviel in der Luft schwebende Behauptungen aufgestellt, daß wir uns veranlaßt sehen, dieselben etwas näher zu prüfen. Zum allgemeinen Verständnis und um schon von vornherein zu zeigen, wie wenig sachlich der Berichtserfasser der Koswiger Tapetenfabrik verfährt, ist es notwendig, die ganze Sache in aller Kürze aufzuzählen.

Bei Ausbruch des Krieges entließ die Koswiger Tapetenfabrik ihre gesamte Arbeiterchaft. Am 10. August bestellte sie die verheirateten Männer mittels Postkarte nach der Fabrik, um die augenblickliche Lage zu besprechen. Dabei wurde den Arbeitern der Vorschlag gemacht, für einen Stundenlohn von sage und schreibe 30 Pf. an jedem Tage fünf Stunden Aufräumungs- und Reinigungsarbeiten zu verrichten. In der bei Ausbruch des Krieges herrschenden allgemeinen Beschränkung sagte die Arbeiterchaft unter dem Druck der Verhältnisse leider zu. Als wir die Tatsache des ganz horrenden Lohnabzuges in der Presse besprachen, hatte die Leitung der Koswiger Tapetenfabrik nichts Besseres zu tun, als der „Dresdner Volkszeitung“ eine sogenannte Berichtigung zu schicken, in der sie bestritt, Lohnabzüge gemacht zu haben. Die Firma gewähre nur eine Unterstützung von 1,50 Mk. pro Tag und könne wohl erwarten, daß sie dafür einige Aufräumungs- und Reinigungsarbeiten verrichte. Wir bemerken ausdrücklich, daß alle beteiligten Arbeiter der Ueberzeugung waren, daß in Wirklichkeit Arbeit zu verrichten sei, daß von Gewährung einer Unterstützung keine Rede sein könne. Als einige Wochen später der Betrieb teilweise wieder aufgenommen wurde, wurden den Eingestellten zunächst nicht die vor dem Krieg üblichen Löhne, sondern wesentlich niedrigere bezahlt, die bei den Frauen um 5 bis 8 Pf., bei den Männern sogar bis zu 19 Pf. unter den alten Lohn heruntersinken. Wegen Mangels an geeigneten Druckern mußte man sich allerdings dazu verstehen, diesen früheren Stundenlohn zu zahlen, änderte dafür aber das Prämienystem um, wodurch der Verdienst um 3 bis 5 Mk. in einer Woche zurückgehen mußte.

Diese Tatsachen veranlassen die Arbeiterchaft, die Verbandsleitung zu beauftragen, mit der Firma wegen Gewährung der vor dem Krieg üblichen Löhne, eines Zuschlages für Ueberstunden und einer allgemeinen Teuerungszulage in Verbindung zu treten. Diese Bewegung und deren Verlauf nimmt nun die Geschäftsleitung - oder wenigstens ein Vertreter - zum Anlaß, allerhand Anwürfe gegen die Organisation zu erheben und den Verdacht der unwarhnen Berichterstattung gegen uns auszusprengen. Wir werden an der Entgegnung der Firma, die sie in Nr. 9 der „Tapete“ veröffentlicht, den einzig wahren Sachverhalt darlegen, um zu beweisen, von welcher Seite der Burgfriede gestört worden ist. Die Firma schreibt nach einer kurzen Einleitung:

„Unsere Arbeiterchaft hat keineswegs die Verbandsleitung des Fabrikarbeiterverbandes beauftragt, sondern es können höchstens einige Arbeiter gewesen sein. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß der Verband der Fabrikarbeiter die Interessen unserer Arbeiter von ganz andern Gesichtspunkten aus wahr, ja nicht einmal die Interessen unserer Arbeiter vertritt, sondern mehr wohl seine eigenen Verbandsinteressen und die Interessen der Rassen. Ebensovienig wie wir unsere Arbeiter etwas in den Weg legen, wenn sie irgendwelchen Verbänden angehören, ebensovienig haben wir, daß Arbeiter, welche Verbänden nicht beitreten wollen, belästigt werden und gezwungen werden sollen, dem Verbands beizutreten.“

Ob ein Arbeiter dem Verbands angehört oder nicht, hat auf das Verhältnis zu uns keinen Einfluß. Unsere Arbeiter verdienen heute teilweise mehr als vor dem Kriege. Ein bei uns bestehender Arbeiterauschuß kann jederzeit die Wünsche unserer Arbeiter vortragen. Dieselben werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Es wird größter Wert auf ein angenehmes Verhältnis unserer Arbeiter zu der Fabrikleitung gelegt.

Ablehnen müssen wir es aber, den Fabrikarbeiterverband als Vertreter unserer Arbeiter anzuerkennen.

Daß die Ausführungen des Dresdner Blattes teilweise Unwahrheiten enthalten, sei dadurch bewiesen, daß unsere Arbeiter für Ueberstunden einen Zuschlag von 25 Prozent zum Lohn erhalten und daß die Entlassung und Annahme von Arbeitern wohl das Recht des Arbeitgeber bleibt. Wenn der entlassene Drucker trotz fortwährender Ermahnung es nicht fertig brachte, tadellose Ware zu drucken und aus diesem Grunde entlassen wurde, so zeigt dieses für die Ordnung und Gerechtigkeit, die bei uns herrscht.

Der Burgfriede sollte von Verbandsseite aus gestört werden, wurde aber durch unser Verhalten offenbar gefördert!

Tapetenfabrik Koswig, G. m. b. H.

Wir haben oben bereits bemerkt, daß die durch die Abzüge hervorgerufene Erregung und allgemeine Not die Arbeiterchaft veranlaßte, der Verbandsleitung in einer Verankerung den bewannenen Auftrag zu erteilen. Für alle Fälle haben sich unsere Kollegen und Kolleginnen in eine Liste eingeschrieben, die wir der Firma, falls sie uns Gewähr gibt, keine Maßnahmen vorzunehmen, als Beweis gegen ihre Behauptung, daß es höchstens nur einzelne Arbeiter gewesen sein könnten, zur Verfügung stellen würden.

Der Standpunkt der Firma, daß der Verband die Interessen der Arbeiter von ganz andern Gesichtspunkten aus wahr, nimmt insofern, als der Verband allerdings bestritt, die Lebenslage zu verbessern, während die Firma ein derartiges Verhalten selbst in der jetzigen Kriegs-

zeit trotz der enormen Verteuerung aller Lebensmittel nicht an den Tag gelegt hat. Die Bemerkung, daß der Verband nur seine eigenen Interessen und die seiner Rassen vertritt, scheinen wir dem Berichtserfasser, weil wir seine Unterminis geschäftlicher Dinge zuschreiben. Wenn der Scheiter des Berichtes dann weiter behauptet, die Firma lege niemand etwas in den Weg, der sich einem Verbands anschließt, so stimmt das nicht. Wir mußten in den letzten Jahren wiederholt feststellen, daß die Firma von der Achtung des Koalitionsrechtes recht eigenartige Begriffe hat. Ja, es gab auch eine Zeit, wo ein Mebers eingeführt war, der die Befahrung besser in das richtige Licht rückt, als viele Worte. Dieser Maß enthielt nach vorausgegangenen gedruckten Fragen über die Personalien usw. folgende Bestimmung:

„... erklärt, dem Fabrikarbeiter-Verbands nicht anzugestehen und demselben während der Dauer der Beschäftigung bei uns auch nicht beizutreten. Er erklärt ferner, vollständig gesund zu sein und niemals ernstlich krank gewesen zu sein, und verzichtet auf alle Rechte an unsre Rasse, wenn die Angaben unwahr sind.“

Wie steht es da nun mit der Behauptung, daß die Organisationsangehörigkeit der Arbeiter keinen Einfluß auf das Verhältnis zu der Firma ausübt? Sollte dem Verfasser der Notiz dieser Mebers nicht mehr bekannt gewesen sein? Dann freut es uns, ihn der Vergessenheit entziehen zu haben.

Die Bemerkung bezüglich der Belästigung Unorganisationsmitglieder ist eine so vage, in den Worten schwebende, daß ein Beweis dafür unter keinen Umständen erbracht werden könnte. Wir haben nicht nötig, mit solchen Mitteln zu arbeiten. Die Bemerkung entkriecht wohl nur der Angst vor der Organisation. „Unsere Arbeiter verdienen heute teilweise mehr als vor dem Kriege“, sagt die Firma. Das ist in dieser Allgemeinheit nicht ganz zutreffend. Wir haben bereits nachgewiesen, wie erheblich die Löhne gesunken sind, so daß es gar nichts besagt, wenn in ein oder zwei Fällen, wo neben dem Lohn noch eine Prämie eingeführt ist, ein paar Pfennige mehr verdient werden als vor dem Kriege. Die große Mehrzahl der Arbeiterchaft verdient weniger als vor dem Kriege, und nichts mehr und nichts weniger haben wir behauptet. Ein Arbeiter-Auschuß besteht bereits seit einigen Jahren nicht im Betriebe, weil keiner der Arbeiter sich bei dem Verhalten des Herrn Direktors Wulf zu diesem Amt hergeben wollte. Ein solcher konnte also gar nicht die Wünsche der Arbeiterchaft vortragen. Wenn Herr Direktor Wulf ein „Legentlich“ von ihm befristete - oder sogar wir ausgedrückte - Kommission aus drei Arbeitern, als Arbeiter-Auschuß bezeichnet, so sieht ihm dieses frei; die Arbeiter erkennen denselben nicht an. Das angenehme Verhältnis im Betriebe ist bekannt. Unter der Arbeiterchaft herrscht das gesagte Wort: „Den hat er gefressen, er wird nicht mehr lange im Betriebe sein“, womit gesagt ist, daß bei jeder geringen Differenz die Entlassung zu gewärtigen ist. Sowiezu den allgemeinen Bemerkungen. Den größten Triumph glaubt die Firma auszuspielen zu können, indem sie dem „Dresdner Blatt“ Entlassung der Tatfachen vortritt und als Beweis dafür anführt, daß ihre Arbeiter „einen Zuschlag von 25 Prozent für Ueberstunden“ erhalten. Es wird aber vergessen, hinzuweisen, daß dieser Zuschlag erst nach dem Erscheinen unserer Kritik bewilligt worden ist, also zu der Zeit, als die Notiz erschien, noch nicht gezahlt wurde.

Die Entlassung oder Annahme von Arbeitern ist sicher das Recht des Betriebsinhabers, das auch von keinem Menschen, am allerwenigsten von uns, bestritten worden ist. Die Diktation muß aber schon geübt, zu prüfen, aus welchen Gründen Entlassungen vorgenommen werden. Im vorliegenden Falle ist der Grund nur ein vorgegebener. In Wirklichkeit ist der Drucker E. entlassen worden, weil seine „Gesinnung anständig“ war, wie ihm vom Direktor Wulf anlässlich der Bewerbung um einen Meistersposten gesagt worden ist. Es ist uns unverständlich, daß man einem Arbeiter, den man seiner Leistungen wegen als Meister ansersehen, ihn aber seiner Gesinnung wegen nicht dazu nimmt, wegen mangelhafter Arbeit entlassen kann.

Zum Schluß wirft man uns Störung des Burgfriedes vor, bewegt sich dabei aber in so allgemeinen Wendungen, daß der Jwed der Uebung zu durchsichtig ist. Wir wollen aber trotzdem doch feststellen, wer den Burgfrieden in Wirklichkeit gestört hat. Als die Verbandsleitung die Wünsche der Arbeiterchaft schriftlich übermittelte, sandte die Firma den ersten Brief ungeöffnet zurück. Der zweite wurde geöffnet, kam aber mit dem Vermerk: „Ungelesen!“ zurück! Ist das Burgfriede, wo selbst von Seiten der Regierung und Unternehmerorganisationen darauf hingewiesen wird, daß kritische Fragen mit den Vertretern der Organisations geregelt werden sollen? Und ist es Burgfriede, wenn von Seiten der Firma selbst eine Verhandlung vor dem Gewerbegericht und vor der Gewerbeinspektion abgelehnt wird? Oder wenn man diesen Beschwerden die Hofaufnahmen, die hier richtiggestellt werden, übermitteln? Wir haben nichts dagegen, wenn die Geschäftsleitung auf ihr Verhalten stolz ist. Die Arbeiterchaft hat ihr Urteil gesprochen, und nur unserer Bemühung, den Burgfrieden unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, hat es die Firma zu verdanken, daß sie von weiteren Maßnahmen verschont worden ist.

Neue Tapetenmuster?

Als im August 1914 der noch tobende Völkerring entbrannte, setzte eine Stodung im gesamten Wirtschaftsleben ein. Bestellungen wurden rückgängig gemacht, Arbeiter in Massen entlassen, die Fabriken geschlossen, mindestens aber die Betriebe wesentlich eingeschränkt. Von dieser Depression blieb auch die Tapetenindustrie nicht verschont. Der Verband deutscher Tapetenfabrikanten sah das Ende seiner Industrie naßen und suchte zu retten, was noch möglich war. In ihrer Angst faßten die Unternehmer den Beschluß, vor dem 1. August 1915 keine neuen Musterrollen und -arten herauszugeben. Die feinen Muster für den zimmerweisen Verkauf sollten vor dem 1. September 1915 das Licht der Öffentlichkeit nicht erblicken. Als Sühne für event. Ueberreitungen dieser Beschlässe wurde eine Buße von zehntausend Mark festgesetzt. In einem Schreiben vom 9. November 1914 wandten wir uns an den Unternehmerverband um Aufhebung der Beschlässe, da durch dieselben eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter herbeigeführt würde. In einigen Artikeln im „Proletariat“ wiesen wir darauf hin, daß besonders die Formstecher und Musterzeichner geschädigt würden. Unsere Warnungen waren vergebens, die Unternehmer hielten an ihren Beschlässen fest. Als dann die Tapetenfabriken Koswig, Entlassen in die Mueburg und vielleicht noch einige ungedacht dieser Beschlässe neue Muster herausgaben, wurden sie als Schädlinge der Industrie bezeichnet. Trotzdem machten diese Schädlinge ganz gute Geschäfte. Dazu kam noch, daß ausländische Firmen im neutralen Ausland ihre Muster präsentierten und so die deutsche Tapetenindustrie zu verdrängen suchten. Diese Vorkommnisse haben nun auch die kartellierten Unternehmer davon überzeugt, daß ihre noch Kriegsausbruch beschlossenen Maßnahmen verkehrt waren. In der „Tapeten-Zeitung“ Nr. 13 vom 1. Mai 1915 ergeht unter dem Titel „Eine wichtige Entscheidung in der Tapetenbranche“ an die Unternehmer eine Aufforderung, die Beschlässe zu ändern, die neuen Muster herauszugeben und die Geschäftsreisenden auf die Kundtschaft loszulassen. Der Aufsatz bestätigt unsere Warnung, daß ein Teil der Arbeiter der Tapetenindustrie den Rücken gekehrt und in der Mueburgsindustrie lohnendere Arbeit gefunden hat, so daß es heute in vielen Betrieben nicht möglich ist, die Bestellungen in dem gewünschten Maße zu erledigen. Nach dem Aufsatz sollen die Muster in Zukunft zwei statt ein Jahr gelten. Voraussetzungen sind aber nach Friedensschluß das Verlangen nach neuen Mustern stärker sein als zur Kriegszeit, und die organisierten Unternehmer werden wieder von den „Kaufleuten“ gelassen werden. Wenn übrigens die zweijährigen Muster zur Regel werden sollten, so besteht für die Tapetenindustrie sehr wenig Aussicht, die in andere Industriezweige übergetretenen Arbeitskräfte zurückzuerobren. Der Aufsatz rechnet mit einer weiteren Steigerung der Tapetenpreise. Die Tapetenarbeiter werden gut tun, auch ihrerseits ihren Anteil von den Preissteigerungen zu beanspruchen. Die gewaltigen Preissteigerungen der Lebensmittel und der Bekleidungsstücke rechtfertigen ihre Ansprüche durchaus.

Die Kriegstagung der deutschen Verbraucher.

Zu einer einflussreichen Kundgebung gestaltete sich die am Sonntag, dem 16. Mai, in der „Viktoria-Brauerei“, Altkönigsstraße zu Berlin, vom Kriegsausschuss für Konsuminteressen abgehaltene Konferenz. Die dem Ausschuss angeschlossenen 60 Zentralorganisationen der Arbeiter, Angestellten, Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, Frauen und verschiedener gemeinnütziger sozialpolitischer Vereinigungen aus familiären politischen und religiösen Lagern, ferner die am Sitze der Generalkommandos und sonstigen bedeutenden Orten bestehenden 20 Bezirksausschüsse mit 16 Ortsausschüssen hatten ihre Delegierten entsandt. Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Reichstagsabg. Robert Schmidt, bot ein interessantes Bild über die Organisationsarbeit und die Entwicklung der deutschen Konsuminteressenbewegung, die heute von mehr als 7 Millionen Mitgliedern, mit Angehörigen also 25 Millionen Verbrauchern oder einem Drittel des deutschen Volkes getragen wird. Mit einer Reihe außerordentlich wichtiger Verhandlungen zum Abschluss noch und dürfen baldigst zum Abschluss gelangen. Gegen den Kriegsausschuss haben sich der Verband junger Deutschen durch seinen Austritt sowie der Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen, der bei der Gründungsversammlung des K. f. K. vertreten war, durch ein Rundschreiben an seine Vereine gewandt. Einige Verbände halten sich bedauerlicher Weise aus Furcht vor einer Herabsetzung ihrer Mitglieder mit anderen Ständen und Richtungen noch fern. Die Presse hat sich im allgemeinen den Veröffentlichungen des K. f. K. gegenüber sehr zugänglich gezeigt. Eine große Zahl von Mitarbeitern aus der Wissenschaft, dem Handel, der Landwirtschaft und dem Handwerk wurde zu den Beratungen über wichtige Maßnahmen hinzugezogen. Ein Beweis für die Hinfrüchtigkeit des vielfach erhobenen Vorwurfs der Einseitigkeit der Interessensvertretung durch den Ausschuss. Auch die Bezirks- und Ortsausschüsse im ganzen Reich haben vielfach Hervorragendes in der Propagierung und Festigung der Bewegung geleistet.

Ueber die volkswirtschaftliche Tätigkeit des Kriegsausschusses hielt Universitätsprofessor Dr. Waldemar Zimmermann einen einflussreichen Vortrag. Er führte aus, daß die Gründung des Kriegsausschusses aus dem Bestreben hervorgegangen ist, gegenüber dem Auswärtigenamt Englands die Durchhaltung zu organisieren und eine angemessene Preisgestaltung der vorhandenen Nahrungsmittel zu erstreben. Ihm fiel die Aufgabe zu, gegenüber den Preisregulierungs- in Regierungskreisen, die Einschränkung im Verbrauch durch eine Herabsetzung der Warenpreise zu erzielen, entgegenzusetzen und diese Sparpreispolitik durch eine Verfolgungspolitik zu bekämpfen. Diese Politik hat der Ausschuss durch Befragungen mit der Regierung, durch Denkschriften, große öffentliche Kundgebungen und satzungsmäßige Erhebungen sowie sonstige Selbsthilfemaßnahmen energig durchgeführt. Er kam die bald nach Aufnahme seiner Tätigkeit erfolgte Brotgetreide-Beschlagnahme als jenen ersten großen Erfolg zu bemerken. Mit gleicher Entschiedenheit, aber mit wechselndem Glück wurde die Sparpreispolitik der Regierung bei den Kartoffeln und beim Fleisch bekämpft. Auch in der Frage einer stärkeren Verwendung von Roggenmehl und Zuder, eines Verbots der Schnapsbrennerei, der Befreiung der Reichsstände der Kriegsfamilien im Weisheitsrat, der Abwehr einer Kürzung von Gehältern und Löhnen usw. wurde zugunsten der Verbraucher mit Nachdruck gewirkt. Die Aussprache über beide Vorträge brachte außer der einstimmigen Billigung der Vorstandsmassnahmen eine Reihe wichtiger Anregungen. Ferner erörterten die Bezirksorganisationen Berichte über ihre umfangreichen Arbeiten in der Provinz. Wiederholt wurde hervorgehoben, daß entgegen der von interessierten Stellen verbreiteten Auffassung der Kriegsausschuss nicht mittelstandsfeindlich sei. Nur gegen die Annehmlichkeiten des Geschäftslebens während des Krieges werde wie bisher energig Front gemacht. Der folche Geschäftsmann, der angemessene Preise fordere, brauche in der Konsuminteressenbewegung keinen Gegner zu erblicken. Zum Schluss empfahl im Auftrag des Gesamtsitzes Reichs- und Landtagsabgeordneter Wiesner die Fortführung und Weiterentwicklung der Bewegung zunächst bis zum 31. Dezember. Nach diesen Erklärungen von Professor Schmidt, Robert Schmidt-Berlin, Hilbrandt-Berlin und Tischler-Berlin wurde der Vorlauf einmütig geschlossen.

Sodann sprach Geheimrat Professor Dr. Junk-Berlin über das Thema: „Die Sicherung der künftigen Ernte für die Konsumenten.“ Seine überaus beachtenswerten und mit lebhaftem Interesse verfolgten Ausführungen finden in den untenstehenden Stichpunkten des Gesamtsitzes ihren wesentlichen Ausdruck. Hervorgehoben zu werden verdient noch sein Hinweis auf die Möglichkeit, daß wir mit unfruchtbar aussehendem Getreideernte auskommen können, wenn ein sofortiges Verbot der Verfrachtung erlassen wird. Außerdem müsse energig zur künftigen Ernte wie in anderen Ländern gesiebt werden. Eine Erhöhung der Produktion für die schwerarbeitende Bevölkerung, besonders die Landarbeiter, sei dringend zu wünschen. Dem Futtermangel könne durch Erzeugung von Mätern aller Art in großem Maßstab abgeholfen werden. Der wegen etwa 30 Proz. geringerer Nährstoffgehalte weitaus billiger Futtervorrat müsse im Hinblick auf seine große Bedeutung bei der Volksernährung durch Höchstpreise im Groß- und Kleinhandel für den menschlichen Bedarf gegen die Spekulation geschützt werden. Die Erzeugung der Getreidevorräte durch Kartoffeln soll der Vorratshaltung vorbehalten werden, ferner soll sofort nach der Ernte mit der Herstellung getrockneter Kartoffelprodukte begonnen werden. Selbst bei ungünstiger Sommerernte sei ein großer Ueberfluß über den menschlichen Bedarf vorhanden. Dieser könne unter strenger Kontrolle des Gesamtsitzes und bei Festsetzung eines angemessenen Preisverhältnisses zwischen Schweinen und Kartoffeln zur Fütterung benutzt werden. Zur Schonung der Kartoffelvorräte soll die Herstellung von Spirit aus Holz und ähnlichen Stoffen begrenzt werden. Als Ersatz für Fleisch läßt die heute in großen Mengen verarbeitete Roggenmehl in Betracht. Schließlich wurde sich der Vortragende gegen die Forderung nach Rostfleisch und an Stelle des Getreides der letzten drei Jahre mit etwas Zugabe von 10 Prozent. Er verlangte die zeitige Festsetzung der Preise nach Ansehen von Sachverständigen und Vertretern aller beteiligten Kreise. — Dem Vortrage folgte allseitiger lebhafter Beifall. In der Diskussion wurde zunächst Gegenstand den Standpunkt des Deutschen Landwirtschafters, Reichstagsabg. Dr. Lippmann über die Kriegsausschuss-Geschichte. Danach die Zentralrats-Geschichte. Schließlich wurden die folgenden Punkte für die deutsche Ernährungspolitik in diesen Tagen mit dem von Dr. Junk und v. Seckau vorgelegten allgemeinen Ernährungseinstellung Anknüpfung:

- I. Sicherstellung ausreichender Nahrungsmittelversorgung (vor dem Vieh) zu niedrigen Preisen.
 - a) Beschleunigung der Ernte von Getreide, Hafer, Gerste, Hülsenfrüchten sowie von Kartoffeln auf Großgütern für den Jahresbedarf von 70 Millionen Hektol.; spezifische Ernteschutz- und Ernteschutzmaßnahmen für andere elementare Nahrungsmittel wie Weizen, Mais (bei Mangel pflanzlicher Fett), Fischweizen, Zucker usw. auf Grund eines physikalischen Mindestpreises.
 - b) Herabsetzung und gegebenenfalls Weiterführung des gegenwärtigen Verbrauchsverhältnisses nach Empfehlungen für Brot und Getreide.
 - c) Systematische Durchführung der Höchstpreispolitik für Produktions- und Verbrauchsgegenstände (insbesondere Getreide) mit zeitlich gestaffelter Lager-, Abhol-, Verteilungs-, Verkaufsregeln für Gewand, geschützte Marken usw. Ernteschutzpolitik. Kriegsverordnungen für Ansehensgegenstände, Höchstpreise Anwendung der Bestimmungen des Kriegsausschusses (§ 133) und des Kriegsausschusses (§ 203 und § 205) gegen ungesetzliche Ausbeutung der Notlage des Volkes und seiner Helfer.
 - d) Systematische Herabsetzung und Anpassung von Drogenpreisen, Drogenpreisen, Arzneipreisen usw., Befreiung der Kriegswunden- und Kriegswunden, Pflege der öffentlichen Gesundheitspflege, Einleitung des „Ständes“ wichtiger Lebensmittel.
- II. Systematische Ordnung der Verteilung und der Futtermittelversorgung.
- III. Zusammenfassung: Errichtung einer Nahrungsmittelbehörde im Zusammenhang mit selbständigen Behörden für Lebensmittelverwaltung einheitliche Nahrungsmittel in den einzelnen Kriegszonen, Festlegung der Konsuminteressen bei allen Maßnahmen der Verteilung in der Ernährung, Förderung der Ernteschutzmaßnahmen und -erzeugung mit gezielten, zeitlichen und organisatorischen Maßnahmen. Engländer Ernteschutz, Beschleunigung der Ernteschutzmaßnahmen und -erzeugung, die für Lebensmittelversorgung in künftiger Verteilung, zum ersten Male sofort nach der Ernte, mit Verteilungsweg und zeitlichen Ernteschutzmaßnahmen für

Falschmeldungen. Einziehung der verschiedenen Vorräte. Errichtung ständiger Lebensmittelämter in allen größeren Gemeinden. Der Vorsitzende schloß dann den überaus glänzenden und fruchtbar verlaufenen Kongress mit dem Wunsch, daß die zutage getretene reifliche Ueberzeugung sämtlicher Teilnehmer der Konsuminteressenbewegung über alle wichtigen Fragen auch weiterhin zum Segen der deutschen Verbraucher bestehen bleiben und die Organisation zu weiteren Erfolgen führen möge.

Genossenschaftsbewegung.

Genossenschaften und Politik. Auseinanderhalten der Arbeitsgebiete. In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ besprach kürzlich Hue-Essen eingehend das Schicksal des 1890 vom Deutschen Bergarbeiterverbande gegründeten und vier Jahre später eingegangenen Konsumvereins „Glückauf“ und kommt zu folgenden Schlüssen: „Der sich in die Geschichte dieser Genossenschaft verflocht, wird nach ruhiger Ueberlegung auch als entragter sozialistischer Parteipolitiker zu der Ueberzeugung kommen, daß gerade der Genossenschaftsbewegung kein schärferer Streich gespielt werden kann, als durch eine Identifizierung mit einer politischen Partei! Dieser selbst ist auch nicht damit gebiet. Denn, wenn die genossenschaftlichen Mitwirkenden nur Träume bleiben, wie das bei dem „Glückauf“ der Fall gewesen ist, dann werden die Parteigegner und selbst allzu viele Genossen den Mißerfolg als eine „Widerlegung der Lehren“ der Partei auffassen (wobei die freundlichen Parteigegner eifrig nachhelfen), und wenn es sich tausendmal um Organisations- und Kalkulationsfehler handelt. Der Zusammenbruch der bergmännischen Konsumgenossenschaft im Ruhrgebiet vor halb 20 Jahren hat hier nämlich nicht nur der Werbelust des genossenschaftlichen Gedankens, nicht nur unsern Gewerkschaften, sondern ebenso der sozialdemokratischen Partei auf Jahre hinaus schweren Abschlag getan. Heinrich Fabiusch, der die damaligen Geschehnisse vom liberalen Standpunkte betrachtet, darun mit Fleiß die persönlichen Zwiffligkeiten und Widrigkeiten in der bergmännischen Konsumgenossenschaft hervorhebt, kann doch nicht umhin, nach der Darstellung der beispiellos festigen wirtschaftlichen und politischen Bekämpfung des Bergarbeiterverbandes beziehungsweise der Genossenschaft „Glückauf“ zu schreiben: Der Konsumverein „wäre wohl“ wahrheitsgemäß auch eingegangen, wenn die Leitung eine musterhafte gewesen wäre!“ Da selbst ein Mann, der zwar nicht aus eigener Erfahrung, aber dafür detailliert durch seine Parteipresse über die derzeitige Situation unterrichtet wurde, der Bekämpfung der Genossenschaft durch kapitalistische und liberale Feinde die größte Schuld an diesem nachfolgenden genossenschaftlichen Mißerfolg zuschreibt, so muß dies erst recht auf unserer Seite Veranlassung zum Nachdenken geben. Als ich vor nun mehr als 20 Jahren Angehöriger des Bergarbeiterverbandes wurde, bin ich nach intimster Kenntnisnahme von den kritischen Vorgängen zu der unerschütterlichen Ueberzeugung gekommen, man müsse im ureigensten Interesse sowohl der Partei als auch der Gewerkschaften und der Genossenschaft deren praktische Arbeitsgebiete auseinanderhalten, soweit es die Komplexität der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen nur eben zuläßt. Die Entwicklungsmöglichkeiten, zumal der Genossenschaftsbewegung, die uns hier ernstlich beschäftigen, dürfen nicht durch ihre Vermengung mit parteipolitischen Tendenzbestrebungen erschwert werden.“

Die Kriegsverversicherungskasse der Volksfürsorge. Die „Volksfürsorge“, Mitteilungsblatt der Versicherungsgesellschaft gleichen Namens, für den Monat Mai (Nr. 5) enthält an der Spitze die Mitteilung, daß bis zum 12. Mai in der von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründeten und von der Volksfürsorge in unregelmäßiger Weise verwalteten Kriegsverversicherungskasse 210 095 Mk. für 29 991 Kriegsteilnehmer eingezahlt wurden und zur Verteilung an die Hinterbliebenen der im Kriege fallenden versicherten Kriegsteilnehmer nach Schluß des Krieges zur Verfügung stehen. Dann bringt das Blatt eine Uebersicht über die bei den größeren Volksversicherungsgesellschaften geltenden Bestimmungen betreffend die Behandlung der Kriegsterbefälle. Da Tausende deutscher Arbeiter bei den verschiedensten Gesellschaften versichert und über diese Dinge nicht orientiert sind, würde eine Weiterverbreitung dieses Artikels durch die Arbeiterpresse sicher manche Enttäuschungen verhüten und viele auf die Möglichkeit der Versicherung bei der Volksfürsorge-Kriegsverversicherungskasse hinweisen. Aus der Uebersicht geht hervor, daß keine Volksversicherungsgesellschaft das Kriegsterbefälle als normale Sterbefälle, d. h. keine Gesellschaft behandelt Kriegsterbefälle als normale Sterbefälle. Erreicht ist dabei die Feststellung, daß bei der Volksfürsorge keinem der im Kriege fallenden Versicherten von den eingezahlten Prämien etwas verloren gehen wird, ja, wie wir nachträglich mit Genugtuung mitteilen können, wird die Volksfürsorge in der Lage sein, den im Krieg unkommodierten Versicherten einen erheblichen Teil der versicherten Summe auszahlen zu können. Ein weiterer Artikel bespricht die Behandlung der Volksfürsorge nach den Steuergeetzen der verschiedenen deutschen Vaterländer. Darauf folgen kurze Berichte über die Geschäftsergebnisse von drei Konkurrenzgesellschaften; der Geschäftsabwieser der Volksfürsorge für den Monat April und eine Übersicht für vier im Kriege gefallene Mitarbeiter der Gesellschaft. Im Monat April hatte die Volksfürsorge in 17 Sterbefällen nach dem ersten Versicherungsjahr 5857 Mk. Versicherungssumme zu zahlen, wofür 602 Mk. an Prämien geleistet worden waren.

Unser Verband in der 41. Kriegswoche.

Für die Woche vom 9. bis 16. Mai haben 309 Poststellen berichtet. Diese hatten zusammen bei Ausbruch des Krieges 174 702, am 15. Mai dieses Jahres 91 232 Mitglieder. Von den fählenden 80 470 waren 61 109 zum Kriegsdienst eingezogen, so daß noch 19 361 aus andern Gründen aus dem Verbands ausgetreten sind.

Arbeitslos waren in den berichtenden Poststellen nur 325 männliche und 597 weiblich, zusammen 922 Mitglieder. Von je 100 männlichen Mitgliedern sind das 0,4, von je 100 weiblichen 3,3. Erwerbsunfähig krank waren 1132 männliche und 258 weibliche Mitglieder; das sind 1,5 vom Hundert bei den männlichen wie bei den weiblichen. Zum Kriegsdienst waren 61 109 Mitglieder eingezogen, das sind 40,2 vom Hundert aller bei Kriegsausbruch vorhandenen gewesen. Der Prozentsatz ist derselbe wie in der Vorwoche. Zusätzlich ist eine geringe Steigerung zu verzeichnen; diese beträgt jedoch weniger als 1/10 Prozent. — In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Poststellen, sondern diejenigen, die wir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Poststellen Bericht erstattet hätten, zusammengefaßt. Es sind also nicht ermittelte, sondern errechnete Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit ziemlich genau entsprechen dürften, weil der Bruchteil der Mitglieder, für die Berichte nicht eingekandt werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Berichtstag	Arbeitslos		Zum Kriegsdienst eingezogen	
	insgesamt	von je 100 Mitgliedern	insgesamt	von je 100 Mitgliedern
9. August	17 663	8,5	34 338	19,2
5. September	23 788	11,5	44 429	24,6
2. Oktober	17 329	8,3	48 875	28,4
7. November	9 273	5,3	51 561	28,4
5. Dezember	6 966	4,0	54 428	30,0
2. Januar	6 550	4,8	57 170	31,4
6. Februar	5 340	4,1	60 089	33,2
6. März	3 450	2,7	65 045	35,7
3. April	2 310	2,0	68 453	37,7
1. Mai	1 321	1,2	71 833	39,4
8. "	1 181	1,1	72 684	40,2
15. "	1 097	1,0	73 719	40,2

Mit dem Abschluß dieser Berichtswoche ist namentlich die Ansehensvermehrung völlig aufgehoben. Es wird also nur noch in wenigen im Statut niedergelegten Bestimmungen einen Erwerbserwerb nachgezogen. Da Arbeitserwerb jetzt sehr reichlich vorhanden ist, wird die Zahl der ausgetretenen Arbeitslosen nur sehr gering sein. Wir dürfen deshalb auch hoffen, daß der Bruchteil der Unterzählung nicht zu einer unzureichenden Erhebung der Arbeitslosenstatistik und damit zu einer weiteren Beschneidung unserer Wochenstatistik führen wird.

Rundschau.

Auskunft über Verwandte, Kriegsgefangene usw. Angehörige von Kriegsteilnehmern schreiben noch immer Briefe an das Zentral-Nachweisedureau des Kriegsministeriums. Da in den Briefen oft die zur Beantwortung der Fragen erforderlichen Angaben fehlen, bittet das Zentral-Nachweisedureau des Kriegsministeriums, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 48, im Interesse der Anfragenden dringend, nur die zofa Doppeltaxen zu benutzen, die bei den Postämtern erhältlich und auf denen die zu beantwortenden Fragen vorgebrucht sind.

Hat der Fragesteller etwas über das Schicksal seines Angehörigen erfahren, so wolle man einen entsprechenden Vermerk in die unterste Spalte der Karte eintragen, z. B. „Laut Brief des Feldwebel Müller 3/1. R. 51 seit 9. 10. 14 vermifft“. Derartige Angaben erleichtern dem Zentral-Nachweisedureau die Auskunftserteilung und beschleunigen die Nachforschungen beim Truppenteil oder Lazarett.

Um die Truppenteile selbst über Anfragen über den Verbleib von Verwandten usw. nicht zu rächen, da diese über ihren Aufenthaltsort in vielen Fällen keine Auskunft geben können.

Amliche Auskunft über Deutsche, die in Kriegsgefangenschaft geraten sind, erteilen:

- Das Zentral-Nachweisedureau des Kriegsministeriums, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 48.
- Das Zentral-Nachweisedureau des Reichsmarineamts, Berlin W 30, Mathisstr. 9.
- Das Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz (Abteilung Gefangenenerfürsorge), Berlin SW 11, Abgeordnetenhaus.

- Amliche Auskunft erteilen ferner:
- Für Frankreich:
 1. Wenn noch nicht bekannt ist, ob der deutsche Heeresangehörige sich überhaupt in französischer Gefangenschaft befindet: Agence de renseignements pour prisonniers de guerre Genf Rue de l'Athènes 8.
 2. Wenn bereits bekannt ist, daß der deutsche Heeresangehörige sich in französischer Gefangenschaft befindet und man den Ort erfahren will: Le orois rouge française Commission de prisonniers de guerre Bordeaux 56 Quai des Chartrons.
 - Für England: The Prisoners' of War Information Bureau London W.C. 49 Wellington Street.
 - Für Rußland:
 - Notes Kreuz, Agentur für Kriegsgefangene, Kopenhagen, Christian IX. Gade 5.
 - Société de la Croix Rouge russe, bureau central de renseignements sur les prisonniers de guerre, Petrograd.

Bei Schreiben an die angegebenen Stellen im Auslande ist zu beachten:

1. Die Gesuche müssen sehr leserlich in lateinischen Buchstaben auf Briefpapier von großem Format geschrieben werden.
2. Der Umschlag muß am oberen Rande die Aufschrift „Kriegsgefangenenversendung“ tragen und muß offen bleiben.
3. Der Brief ist unfrankiert abzugeben, auch ist keine Briefmarke, kein Rückchein, keine Antwortpostkarte beizufügen.
4. Niemand sind Postkarten zu schreiben an die angegebenen Stellen zu verwenden.

Eingegangene Schriften.

Prinzip oder Romantik! Sozialistische Betrachtungen zum Weltkriege, heitelt sich ein Schriftchen, das soeben von der Frankfurter Verlagsanstalt und Buchdruckerei, G. m. b. H. in Nürnberg, der Öffentlichkeit übergeben wird. Die 64 Seiten starke Broschüre kostet 50 Pf.

Verbandsnachrichten.

Statistik — Graue Karten. Für den Monat Mai sind die grauen Karten bis zum 4. Juni einzufenden. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgehen muß. Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Orte und auf der Reise gilt der 31. Mai. Bei Angabe der Mitgliederzahl dürfen nur die wirklich vorhandenen Mitglieder gezählt werden, also nicht auch die zum Exere eingezogenen, die als abgemeldet gelten.

Vom 18. Mai an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

Württemberg 500,—, Gotha 300,—, Brandenburg a. d. S. 250,—, Pozenburg 15,50, Einbeid 1,50, W. U. 14,—, Preis 150,—, Wiesbaden 4,8, Grünstadt 4,81, Kolberg 20,—, Neuland a. S. 175,80, Wetzlar 100,—, Wuzen i. S. 0,9, Hannover 150,—, Gartha 200,—, Wuzen i. S. 200,—, Neuhaldensleb. n 150,—, Naucha 100,—, Weigenfels 100,—.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein: Nürnberg 182,05. Schluß: Sonnabend, den 22. Mai, mittags 12 Uhr. Fr. Brant 1111111

Ungehoffen hat sich die Zahlstelle Lieberose an Kottbus.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
558 020	Robert Hauschild	27. 3. —	29. 6. 1913	Zwidau
512 308	Kartha Range	15. 1. 1895	12. 3. 1912	Magdeburg
501 071	Thag Wolan	19. 11. 1861	13. 9. 1911	Scrippa
404 771	Adolf Faschen	5. 9. 1859	3. 8. 1897	Braunschweig
Karten-Nr.				
385 904	Bernhard v. Cappeln	27. 1. 1869	6. 6. 1914	Hamburg
346 990	Joseph Drauner	24. 2. 1895	22. 9. 1913	Berlin

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Barmen. 1. Bevollmächtigter Adolf Klein, Ronsdorfer Straße 68. Geschäftsführerin Frau Schuster, Wollstr. 9. **Bad Nauha.** 2. Bevollmächtigter Karl Fahr, Bornauer Straße. **Bodum.** 1. Bevollmächtigter Vötker streiden. 2. Bevollmächtigter Johann v. Janitschki, Richardstraße 24. **Eisenberg (Walg).** 1. Bevollmächtigter Vinu streiden. 2. Bevollmächtigter Georg Steinhauser, Am Bahnhof. **Grünstadt (Walg).** 1. Bevollm. Hermann Franz, Obergasse 48. **Strandburg.** 1. Bevollmächtigter Ludwig Huber, Landshuter Straße 908/1/2.